

Sehr geehrter Bürgermeister Klute,

das Landeskabinett hat am 13. März 2007 den Regierungsentwurf des „GO-Reformgesetzes“ beschlossen. Wir sehen die Dringlichkeit, dass die Stadt Versmold sich umgehend in die Diskussion einbringt. Aus diesem Grund beantragen wir, in der Stadtvertretung am 29. März 2007 folgende Resolution zu beschließen:

**Resolution des Rates der Stadt Versmold zur vorgesehenen Änderung der Gemeindeordnung durch die Landesregierung NRW**

- Der Rat der Stadt Versmold spricht sich gegen die geplante Verschärfung des § 107 Abs. 1 GO aus. Im Interesse der kommunalen Daseinsvorsorge für unsere Bürger ist nicht nur eine rückwärts gewandte (Bestandsschutz), sondern auch eine in die Zukunft gerichtete wirtschaftliche Betätigung unabdingbar. Gerade in den Bereichen Energiewirtschaft und Klimaschutz sind Kommunen und kommunale Unternehmen zukünftig gefordert. Dieser Herausforderung können sich kommunale Unternehmen nur unter fairen Wettbewerbsbedingungen stellen. Diese Chancengleichheit ist mit der geplanten Änderung der GO nicht mehr gegeben, hier wird privaten Anbietern per Gesetz ein Vorrang eingeräumt.
- Der Rat der Stadt Versmold stellt fest, dass sich die bestehende Gemeindeordnung in der kommunalen Praxis bewährt hat und fordert die Landesregierung auf, die vorgesehene Änderung der Gemeindeordnung zurückzunehmen.
- Der Rat der Stadt Versmold lehnt eine Abkopplung der Wahlen von Bürgermeistern, Oberbürgermeistern und Landräten von den Wahlen der Räte ab. Er stellt fest, dass eine Verlängerung der Amtszeit der Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte zum Verlust der notwendigen Kontinuität in der kommunalen Handlungsfähigkeit und zugleich zu einem Dauerwahlkampf in den Kommunen führen wird. Die höhere Anzahl von Wahlen fördert die Politikverdrossenheit mit negativen Auswirkungen für die Wahlbeteiligung und die politische Legitimation der Stadt- und Gemeindevertretungen sowie der Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte.
- Der Rat der Stadt Versmold fordert die Beibehaltung der Stichwahl als wichtiges demokratisches Element und sieht in der Abschaffung die Gefahr, dass zukünftig gewählte Oberbürgermeister und Landräte nur noch einen Bruchteil der eigenen Wahlbevölkerung repräsentieren.

Gez.

CDU – Fraktion

Ulrich Wesolowski

SPD – Fraktion

Liane Fülling

UWG – Fraktion

Thomas Floß

Bündnis 90/Die Grünen

Wolfgang Beuge